

## Inhaltsprotokoll

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz**

38. Sitzung  
27. Juni 2024

Beginn: 09.00 Uhr  
Schluss: 11.59 Uhr  
Vorsitz: Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ** teilt mit, dass die Tagesordnung um die Vorlage – zur Beschlussfassung – Zweites Gesetz zur Änderung des Grünanlagengesetzes mitsamt einem Änderungsantrag erweitert werden solle.

**Katalin Gennburg** (LINKE) wendet ein, dass der Änderungsantrag erst gestern Nachmittag vorgelegt worden sei, sodass die Zeit für eine Befassung zu kurz gewesen sei. Dieses Gesetz sei sehr umstritten, sodass es mehr Zeit für ein ordentliches Verfahren mit Anhörung brauche.

**Danny Freymark** (CDU) weist hin, dass die Debatte seit Monaten auch im Parlament geführt werde und weiterhin möglich sei. Trotz der Kurzfristigkeit sei eine Befassung möglich, weil das Gesetz nur geringfügig geändert werde.

**Katalin Gennburg** (LINKE) protestiert, dass die Lage falsch dargestellt werde. Im Plenum sei nicht zu einer konkreten Gesetzesvorlage debattiert worden. Der Ältestenrat solle sich mit diesem Vorgehen befassen.

Der **Ausschuss** beschließt, dass die Tagesordnung erweitert werde.

Weiteres siehe Beschlussprotokoll.

## Punkt 1 der Tagesordnung

### **Aktuelle Viertelstunde**

**Julia Schneider** (GRÜNE) fragt für ihre Fraktion:

„Wie will das Land Berlin das in dieser Woche vom EU-Ministerrat verabschiedete EU-Renaturierungsgesetz umsetzen?“

**Senatorin Ute Bonde** (SenMVKU) erläutert, dass laut Verordnung die Mitgliedsstaaten nach Inkrafttreten zwei Jahre Zeit hätten, um nationale Wiederherstellungspläne zu erarbeiten, die den Zeitraum bis 2050 abdeckten. Berlin wolle sich in den Prozess der Umsetzung der Verordnung in Landesrecht einbringen. Als Nächstes würden die Auswirkungen auf Berlin, etwa auf Maßnahmen, Monitoringpflichten, Finanzierung und Personalausstattung geprüft. Es sei möglich, dass weitere finanzielle und personelle Ressourcen nötig seien.

**Julia Schneider** (GRÜNE) fragt nach, welche sanierungsbedürftigen Ökosysteme das Land Berlin vorrangig renaturieren wolle.

**Senatorin Ute Bonde** (SenMVKU) antwortet, dass das im Laufe des Prozesses geklärt werde.

**Alexander Bertram** (AfD) fragt für seine Fraktion:

„In mehreren Bürgerbeschwerden wird Unmut laut, wonach die Wertstofftonne (Gelbe Tonne) in einigen Stadtteilen Berlins nur unzureichend und unregelmäßig geleert wird und im Gegensatz zur BSR einige Seitenstraßen sogar gar nicht mehr bedient werden. Welche Kenntnisse hat der Senat über die teils mangelhafte Leerung der gelben Tonne durch das Entsorgungsunternehmen ALBA?“

**Senatorin Ute Bonde** (SenMVKU) erläutert, dass die Abholung des Verpackungsmülls privatwirtschaftlich geregelt sei und den Betreibern des Dualen Systems obliege. Der Senat habe keine vertragliche Beziehung mit ALBA.

**Alexander Bertram** (AfD) fragt nach, ob der Senat auf ALBA einwirken könne, um die Betroffenen zu unterstützen.

**Senatorin Ute Bonde** (SenMVKU) antwortet, dass der Senat keine Sanktionsmöglichkeiten habe.

**Linda Vierecke** (SPD) fragt für ihre Fraktion:

"In Anbetracht der Hitzewellen, die derzeit in Teilen Europas spürbar sind und den jährlich steigenden Temperaturen infolge der Erderwärmung in unserer Stadt: welche Vorkehrungen trifft der Senat, um die Bürgerinnen und Bürger vor möglichen Hitzewellen zu schützen?"

**Senatorin Ute Bonde** (SenMVKU) erläutert, dass der Senat vielfältige Maßnahmen angestoßen habe, etwa den Ausbau der Trinkwasserbrunnen, die Förderung von Hitzeschutzmaßnahmen der Bezirke, Hitzehilfen für Obdachlose, Informationskampagnen sowie die das Akti-

onsbündnis Hitzeschutz Berlin, um das Gesundheitssystem gegen Hitze zu stärken. Im Mai 2024 sei die Erarbeitung eines Hitzeschutzplans bis 2025 beschlossen worden.

**Linda Vierecke** (SPD) fragt nach, ob die Bezirke 2024 zusätzliche Mittel bekämen.

**Staatssekretärin Britta Behrendt** (SenMVKU) antwortet, dass die Bezirke im neuen Titel 68462 – Zuschüsse im Rahmen der Gesundheitsförderung und Prävention – jeweils 100 000 Euro für Hitzeschutzmaßnahmen zur Verfügung hätten.

**Katalin Gennburg** (LINKE) fragt für ihre Fraktion:

"Sollen Kleingärtner\*innen und Nattern vertrieben und die Kleingartenanlage „Feuchter Winkel“ plattgemacht werden, damit die bundesweit bisher nirgends gelungene Umsiedlung einer der größten und letzten Kreuzkrötenpopulationen Deutschlands, die möglicherweise tödlich enden wird, für die Errichtung eines weiteren Möbelmarktes stattfinden kann oder setzt sich die Senatsverwaltung für Umwelt im Senat dafür ein, den derzeit besiedelten Kernlebensraum der Kreuzkröte von etwa acht bis zehn Hektar Größe naturschutzrechtlich zu sichern und die Bebauung entsprechend umzuplanen?"

**Senatorin Ute Bonde** (SenMVKU) erläutert, um die Population zu erhalten, habe die Senatsverwaltung strenge Anforderungen gestellt. Der Bezirk sei aber für den Bebauungsplan und geeignete Ersatzflächen für die Kreuzkröte zuständig.

**Katalin Gennburg** (LINKE) weist hin, dass die Planungen gegen EU-Recht verstießen. Die Erteilung einer Ausnahme von artenschutzrechtlichen Zugriffsverboten sei ausgeschlossen. Es gelte das Verschlechterungsverbot, das so auszulegen sei, dass sich die Zukunftsaussichten der Population nicht verschlechtern dürften. – Wie werde das bewertet?

**Senatorin Ute Bonde** (SenMVKU) unterstreicht, dass die Senatsverwaltung ihre gesetzlichen Möglichkeiten ausgeschöpft habe.

**Danny Freymark** (CDU) bittet, zum kommenden Reparaturbonus auszuführen.

**Senatorin Ute Bonde** (SenMVKU) berichtet, dass das Programm am 2. September starten solle. Es solle ein Anreiz für die Bürger/-innen sein, Elektrokleingeräte zu reparieren. Das Abgeordnetenhaus habe finanzielle Mittel für 2024/2025 bereitgestellt.

**Danny Freymark** (CDU) fragt nach, ob die Verfügbarkeit in den Bezirken sichergestellt sei. Wer seien die Partner?

**Senatorin Ute Bonde** (SenMVKU) antwortet, dass im September nähere Informationen geliefert werden könnten, wenn das Konzept aufgesetzt sei.

Der **Ausschuss** schließt die Aktuelle Viertelstunde ab.

## Punkt 2 der Tagesordnung

### **Bericht aus der Senatsverwaltung**

**Senatorin Ute Bonde** (SenMVKU) berichtet, dass am 25. Juni die gesetzlich geforderte Bodenschutzkonzeption beschlossen worden sei. Dazu habe es einen engen Austausch mit allen Bezirken, SenStadt und betroffenen Fachverwaltungen gegeben. Die Ziele seien, den Bodenfunktionsschutz zu stärken, die Neuversiegelung begrenzen und Entsiegelung sowie die Altlastenbearbeitung und Bodenschutz in der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu stärken. Ein Entsiegelungsprogramm werde entwickelt. Eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe sei eingerichtet worden. Die Konzeption werde zur Kenntnisnahme an das Abgeordnetenhaus und den Rat der Bürgermeister weitergeleitet.

**Julia Schneider** (GRÜNE) bittet um Erläuterung, ob es korrekt sei, dass aufgrund der starken Versiegelung der Stadt das Ziel der Netto-Null-Versiegelung nicht mehr ausreichend sei.

**Danny Freymark** (CDU) unterstreicht, dass die Netto-Null-Versiegelung erreicht werden müsse und es weitere Anstrengungen brauche. Ein Versiegelungskataster sei notwendig, um Bezirke und Land zu ermöglichen, gegen Versiegelung vorzugehen.

**Linda Vierecke** (SPD) bittet zu berichten, wie die Entsiegelung vorangebracht werde.

**June Tomiak** (GRÜNE) fragt nach, wie die notwendige Finanzierung von Entsiegelungsmaßnahmen abgesichert sei.

**Senatorin Ute Bonde** (SenMVKU) weist hin, dass mit der Bodenschutzkonzeption die gesetzlichen Erfordernisse erfüllt worden seien. Arbeitsgruppen für die vier Ziele würden nun gebildet und die Umsetzung gestartet. Die Ver- und Entsiegelung würden mit dem Gesamtkonzept gesamtstädtisch betrachtet.

**Staatssekretärin Britta Behrendt** (SenMVKU) ergänzt, dass die ressortübergreifende Arbeitsgruppe Entsiegelung der SenStadt und SenMVKU seit März 2023 bestehe und die gemeinsame Verständigung über Entsiegelung, Kriterien und Potenziale sicherstelle.

Der **Ausschuss** schließt den Tagesordnungspunkt ab.

## Punkt 3 der Tagesordnung – neu –

Vorlage – zur Beschlussfassung –  
Drucksache 19/1446  
**Zweites Gesetz zur Änderung des  
Grünanlagengesetzes**

[0149](#)  
UK(f)  
InnSichO\*

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung – neu –

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Auflösung der Pauschalen Minderausgabe 2024**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der  
SPD)

[0188](#)  
UK

**Senatorin Ute Bonde** (SenMVKU) erläutert, dass aufgrund der schwierigen Haushaltslage alle Senatsverwaltungen 2024 2 Prozent einsparen müssten. Bei der SenMVKU seien bereits 130 Mio. Euro aus dem Mobilitätsbereich eingespart worden. Um weitere 60 Mio. Euro einzusparen, würden auch beim Umwelt- und Klimaschutzbereich Titel geprüft. Dabei werde möglichst minimalinvasiv eingegriffen, um alle Vorhaben und Projekte der Koalition weiterhin zu ermöglichen.

**Dr. Turgut Altuğ** (GRÜNE) bittet um Auskunft, inwieweit die Zivilgesellschaft und deren Einrichtungen im Umweltbereich von Kürzungen betroffen seien. Er bitte um eine Weiterleitung einer Liste an den Ausschuss.

**Danny Freymark** (CDU) bedauert, dass das Scheitern des Sondervermögens und die notwendigen Einsparungen das Erreichen der Klimaschutzziele und die Umweltschutzmaßnahmen negativ beeinflussten. Dass auch nachfolgende Haushalte Einsparungen verlangten, müsse offen kommuniziert werden. Die Verwaltung und Zivilgesellschaft leisteten gute Arbeit, und der Koalition sei es wichtig, das Erreichen der Ziele trotzdem zu ermöglichen und die zivilgesellschaftlichen Initiativen zu erhalten. Die Vereine seien auf zuverlässiges und zeitnahes Ausreichen von Zuschüssen angewiesen. Das Parlament müsse künftige Haushaltsberatungen stärker auf die Praxis der Initiativen abstimmen.

**Alexander Bertram** (AfD) betont, dass die AfD und Experten schon im Vorfeld vor der Verfassungswidrigkeit des geplanten Sondervermögens gewarnt hätten. Es sei fahrlässig gewesen, dass die Koalition dennoch den Haushalt auf das Sondervermögen ausgerichtet habe. Es brauche mehr Realismus im nächsten Haushalt. – Der Senat müsse konkret erläutern, welche Auswirkungen die Einsparungen hätten und wie die Entscheidungen zustande gekommen seien. Bei der Grün Berlin Stiftung und den Berliner Forsten gebe es große Einschnitte, was das Ziel, das Stadtgrün zu stärken, gefährde.

**Katalin Gennburg** (LINKE) wirft vor, dass die Koalition die Einsparungen in Kauf genommen hätten, um ungedeckte Finanzierungsversprechen geben zu können. Außerdem zeigten vergleichweisen großen Einsparungen im Einzelplan 07 gegenüber dem Einzelplan 12, dass Klimaschutz keine Priorität habe. Wie solle das Haushaltschaos, das durch den Zensus weiter verschärft werde, aufgelöst werden? – Dass bei Titeln zur Lärminderung im Straßenland 6,5 Mio. Euro, bei Gewässergütemaßnahmen im Bestand der Straßenregenentwässerung 2,7 Mio. Euro, bei den Forsten fast 1 Mio. Euro und bei Kita- und Spielplatzsanierungen 8 Mio. Euro gekürzt würden, sei skandalös. – Bei den Einsparungen im Rahmen der Strategie Stadtlandschaft und den konsumtiven Zwecken müsse erklärt werden, an welchen Stellen genau gekürzt werde. – Bei den Einsparungen bei der Grün Berlin Stiftung und den Zuschüssen an öffentliche Einrichtungen im Rahmen des BEK 2030 müsse erklärt werden, warum dort Verpflichtungsermächtigungen gekürzt werden könnten. Generell könne bei der Grün Berlin stärker gespart werden.

**Dr. Stefan Taschner** (GRÜNE) kritisiert, dass die Koalition für Investitionen beim Klimaschutz falsche Hoffnungen gemacht habe und nun insbesondere beim BEK mit 5 Prozent überproportional viel einspare. Das BEK sei das zentrale Klimaschutzsteuerungsinstrument, und enthalte in der Fortschreibung auch die Empfehlungen des „Klimabürger:innenrats“. Die Koalition weigere sich aber, das BEK zu verabschieden, obwohl die Vorgängersenatorin Schreiner einen zeitigen Beschluss des BEK befürwortet habe. Teile das die neue Senatorin? Insgesamt sei die Glaubwürdigkeit der Koalition beim Klimaschutz beschädigt.

**Linda Vierecke** (SPD) unterstreicht, dass grundsätzlich andere Finanzierungsmöglichkeiten für Klimaschutzmaßnahmen nötig seien. Der Haushalt alleine reiche nicht aus. – Bei den Zuschüssen für Initiativen der Zivilgesellschaft, was vor allem Kleinstbeträge seien, dürfe nicht gekürzt und blockiert werden. SPD-Fraktion befürworte die sofortige Verabschiedung des ohne Änderungen. – Was genau werde im Titel 52124 – Unterhaltung der Forsten – gekürzt?

**Julia Schneider** (GRÜNE) stimmt der Forderung zu, dass der Umwelt- und Klimaschutzbereich priorisiert werden solle. Die Verzögerungen und Unklarheiten brächten große Planungsunsicherheiten in die Verwaltungen und Zivilgesellschaft. – Sie bitte, die Auswirkungen der Kürzungen bei den Titeln für die Aufstellung von Trinkwasserbrunnen, den geplanten Waldkongress und die Waldbrandvorsorge der Berliner Forsten, bei der Abkopplung des Landwehrkanals und den Maßnahmen am Festplatz am Kurt-Schumacher-Damm zu erläutern.

**Frank-Christian Hansel** (AfD) vertritt den Standpunkt, dass das Ziel Klimaneutralität unrealistisch sei und große Kosten und wirtschaftliche Schäden verursache. Die Kosten alleine für Berlin betrügen 10 Milliarden Euro. In den Wahlen sei Klimaschutz abgewählt worden.

**Senatorin Ute Bonde** (SenMVKU) unterstreicht, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung gute Arbeit leisteten. Die Einsparungen seien eine große Herausforderung. Die Vereine und Initiativen seien eine wichtige Unterstützung für die Erreichung der Ziele. – Es müsse klargestellt werden, dass ein großer Teil der Einsparungen aus dem Mobilitäts- und Verkehrsbereich geleistet werde. Dort könnten 130 Mio. Euro gespart werden, weil bei der BVG und bei Infrastrukturmaßnahmen die Mittel aufgrund Ressourcenmangels bei Personal, Planung und Ausführung nicht hätten genutzt werden können. Dadurch habe sich die sonst anfallende PMA von 5 Prozent auf 2 Prozent über alle Verwaltungen hinweg reduziert.

**Staatssekretärin Britta Behrendt** (SenMVKU) erläutert, dass die Einsparungen eng mit den Fachbereichen abgestimmt worden seien. Es sei darauf geachtet worden, dass die Projekte der Zivilgesellschaft nicht belastet würden. Bei dem Wildtierkompetenzzentrum habe es Einsparpotenzial aufgrund von Verzögerungen gegeben. Es werde trotzdem realisiert. – Die Einsparungen bei den Berliner Forsten in Höhe von 900 000 Euro beträfen die Pflege von Erholungsinfrastruktur wie Treppen und Bänke. – Bezüglich der Lärminderungsmaßnahmen sei gegenüber dem Hauptausschuss begründet worden, dass dort die Nutzung der Mittel erschwert sei, weil Planungsleistungen fehlten oder Zuständigkeiten ungeklärt seien. – Bei der Grün Berlin werde bei der Maßnahme am Platz der Luftbrücke gespart, weil eine alternative Finanzierung über BENE 2 möglich sei. – Die Abkopplung verzögere sich aufgrund personeller Engpässe. – Bezüglich des Festplatzes könne das BA Mitte die Mittel nicht abrufen, weil noch Klärungsbedarf ihrerseits bestehe.

**Dr. Birgit Fritz-Taute** (SenMVKU) ergänzt, dass es aufgrund der Komplexität bei den Verfahren zur Abkopplung, speziell der Speicher Chausseestraße, Verzögerungen beim Bauablauf gebe. Die Maßnahmen seien durch die Einsparungen nicht gefährdet.

**Staatssekretärin Britta Behrendt** (SenMVKU) weist hin, dass die Mittel für die Trinkwasserbrunnen in den Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben – verschoben worden seien.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

Punkt 5 der Tagesordnung – neu –

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0189](#)  
**Schutz der Berliner Kleingewässer** UK  
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
  
- b) Antrag der AfD-Fraktion [0129](#)  
Drucksache 19/1289 UK  
**Wir schützen, was wir schätzen – Landesweites Monitoring für die Berliner Kleingewässer etablieren!**

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung – neu –

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0133](#)  
**Herausforderungen und Perspektiven in der Wasserversorgung für Berlin** UK  
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
  
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0120](#)  
**Grundwasser schonen durch Maßnahmen zum Grauwasserrecycling in der Gebäudetechnik: Herausforderungen bei der Umsetzung** UK  
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0109](#)  
**Wasserrationierungen dauerhaft verhindern –**  
**Notwendige Investitionen in die**  
**Trinkwasserversorgung**  
(auf Antrag der Fraktion der AfD) UK

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 15.02.2024

Vertagt.

Punkt 7 der Tagesordnung – neu –

- Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0168](#)  
**Klassenfrage Golfplätze: Wasserverschwender mit**  
**eigenen Brunnen**  
(auf Antrag der Fraktion Die Linke) UK

Vertagt.

Punkt 8 der Tagesordnung – neu –

**Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.